

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Wenig Handlungsbedarf für die Konjunkturpolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1980) : Wenig Handlungsbedarf für die Konjunkturpolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 9, pp. 414-415

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135473>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Wenig Handlungsbedarf für die Konjunkturpolitik

Die Abschwächung der Konjunktur, die als Folge der zweiten Ölpreiskrise erwartet werden mußte, ist in vollem Gange. Daß sie nicht unerwartet kam, erklärt allein schon viel von der Gelassenheit, mit der sie weithin zur Kenntnis genommen wird. Diese Reaktion verbessert die Aussichten auf einen glimpflichen Verlauf weiter, denn sie spricht gegen eine gefährliche Kumulierung kontraktiver Dispositionen der Investoren und Konsumenten. Vorher hatten schon die Ergebnisse der Lohnrunde zu der Hoffnung berechtigt, daß die Friktionen diesmal weit schwächer sein werden als nach dem Ölchock von 1973/74. Es ist nach alledem unwahrscheinlich, daß aus der Abschwächung ein regelrechter Rückschlag wird. Das Urteil impliziert freilich einen gleichfalls milden Verlauf des weltwirtschaftlichen Abschwungs und ein vorerst nicht-aggressives Verhalten der OPEC-Länder. Gegenwärtig spricht vieles für die Realität dieser Annahmen und damit auch der prognostischen Folgerung.

In ihrem Kern ist die Abschwächung der wirtschaftlichen Aktivität Ausdruck einer Friktion beim Prozeß der strukturellen Veränderungen, die durch den jüngsten Ölpreisschub erzwungen werden. Das Realeinkommensniveau der Konsumenten ist – gewissermaßen um eine Stufe – gesenkt, das Realeinkommensniveau der Ölländer erhöht worden. Auf die Dauer wird das einen niedrigeren Anteil des Konsums und einen höheren des Exports bedeuten, als es sonst der Fall gewesen wäre, und die Produktionsstruktur wird sich dem anpassen müssen. Kurzfristig entstand dabei erst einmal eine Nachfragerückgang: Der Konsum ist sehr schnell gedämpft, der Export in die Ölländer aber bei weitem langsamer erhöht worden. So stand denn am Beginn der Konjunkturabschwächung der Konsumrückgang, überzeichnet freilich durch die vorangegangene spekulative Überhöhung am Jahresanfang. Hinzu kommen die Ausstrahlungen auf andere Nachfragebereiche. Sie sind besonders deutlich in der Lagerbewegung, die stets empfindlich auf wirtschaftliche Veränderungen reagiert und sie in der Regel verstärkt. Lagerbestände werden nun teils verringert, teils nicht mehr erhöht; beides bewirkt einen Nachfragerückgang, der zu dem Ausfall an „Endnachfrage“ hinzukommt. Das Profil der Wirtschaftsentwicklung wird daher kurzfristig stark vom Lagerzyklus geprägt.

Offenbar wird die aktuelle Schwäche lediglich als Unterbrechung einer im Trend weiterhin aufwärtsgerichteten Wirtschaftsentwicklung angesehen. Daher werden die Lageranpassungen vermutlich weder sehr tiefgreifend sein noch lange dauern. Wenn dies gilt, ist das Ende der Schwächephase abzusehen; sie wird im wesentlichen auf dieses Jahr beschränkt bleiben. Die Wirkungsmechanik des Lagerzyklus selbst bewirkt die Wende nach oben, dazu genügt schon das Aufhören des Lagerabbaus. Die Ende dieses und Anfang nächsten Jahres in Kraft tretenden Steuererleichterungen tun ein übriges; sie werden primär den Konsum stimulieren. Es gibt also gute Gründe für die Erwartung, daß das Jahr 1981 schon wieder weitgehend im Zeichen der Aufwärtsentwicklung stehen wird. Auch

dann werden allerdings Begleiterscheinungen zu konstatieren sein, die alles andere als befriedigend sind. Dies trifft weniger für die Geldwertentwicklung zu, bei der es erste Anzeichen einer Besserung und vor allem eine Perspektive weiterer Fortschritte in Richtung auf mehr Stabilität gibt. Es gilt vielmehr in erster Linie für die Entwicklung am Arbeitsmarkt. Schon im vergangenen Frühjahr hat der Rückgang der Arbeitslosigkeit aufgehört. Seitdem nimmt die Zahl der Arbeitslosen, sieht man von Saisoneinflüssen ab, ständig zu. Auch wenn es bald zu einem Wiederanstieg der Konjunktur kommt, wird sich die Beschäftigung wegen der üblichen Verzögerung nicht sogleich wieder erhöhen. Das Angebot an Arbeitskräften aber steigt weiter, und so wird sich die Zahl der Arbeitslosen noch während eines großen Teils des nächsten Jahres vergrößern. Im Durchschnitt des Jahres 1981 muß mit einer Arbeitslosenzahl gerechnet werden, die deutlich über der Millionengrenze liegen wird.

Die Diskussion darüber, was die Wirtschaftspolitik in einer solchen Lage tun sollte, wird sicherlich in erster Linie von der Aussicht auf die zunächst einmal anhaltende Zunahme der Arbeitslosigkeit bestimmt werden. Es besteht die Gefahr, daß sie einfach als konjunkturelles Phänomen angesehen wird, das folglich auch der konjunkturpolitischen Therapie bedarf. Die Diagnose ergab jedoch, daß die gegenwärtige Schwäche der wirtschaftlichen Entwicklung nur teilweise zyklische Gründe hat und daß ein besonders wirksamer Teil des zyklischen Elements, nämlich die Lagerbewegung, ohnehin bald wieder auf einen Anstieg der Konjunktur hinwirken wird. Solange von diesem Befund ausgegangen werden kann, gibt es nur sehr begrenzten Bedarf an Konjunkturpolitik. (Müßte dagegen die Diagnose neu gestellt werden, etwa weil es zu einer tiefen weltweiten Rezession käme, wären andere Folgerungen zu ziehen.) Vielmehr kommt es vor allem darauf an, die Wachstumsbedingungen auf mittlere Sicht zu erhalten, nicht zuletzt eine ausreichende Investitionsbereitschaft. Die Investitionen sind das Medium, über das zugleich die notwendige Umstrukturierung des Produktionsapparates erreicht wird. In dieser Hinsicht sind Stabilitätsfortschritte und anhaltender Konsens über die Einkommenspolitik sowie über ordnungspolitische Grundfragen die wichtigsten Voraussetzungen.

Der aktuelle konjunkturpolitische Handlungsbedarf beschränkt sich im wesentlichen auf die Geldpolitik. Die Abschwächung der Investitionsnachfrage in den letzten Monaten – auch in Bereichen, in denen das im Unterschied zum Bauprogramm durchaus nicht erwünscht ist – kann nicht losgelöst von der Zinsentwicklung gesehen werden. Die Wirtschaft hatte schon seit einiger Zeit Zinssenkungen erwartet; die Nichterfüllung ihrer Erwartung erzeugt Attentismus. Die Bundesbank sollte jetzt der Geldmengenausweitung mehr Raum geben und den daraus – und aus der Konjunkturabkühlung – resultierenden Zinsdruck nach unten auch am „kürzeren Ende“ des Marktes hinnehmen. Dies würde nicht etwa ein Aufgeben des mittelfristig orientierten Kurses bedeuten. Es geht lediglich darum, daß die Bundesbank deutlich vom unteren Rand ihrer Zielmenge abrückt, also den Spielraum nutzt, den sie sich in der Form der Marge selbst gegeben hat. Möglicherweise wäre das schon geschehen, wenn es nicht die Bedenken gäbe, daß Zinssenkung den zum Zahlungsbilanzausgleich notwendigen Kapitalimport nur noch um den Preis einer Abwertungstendenz der D-Mark – mit negativen Folgen für die Preisentwicklung im Inland – ermöglichen würde. Dieser Aspekt, dessen Gewicht ohnehin umstritten ist, sollte nun nicht mehr Vorrang haben.

In der Finanzpolitik ist mit dem Steuerpaket eine große Vorleistung erbracht worden, die – aus anderen Gründen beschlossen – nun zu einem konjunkturell günstigen Zeitpunkt wirksam wird. Doch dies wird nicht der einzige Beitrag bleiben. Die Steuerschätzung, die den Haushaltsentwürfen für 1981 zugrunde gelegt ist, berücksichtigte die Konjunkturabschwächung und ihre Auswirkungen auf die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts 1981 viel zu wenig. Gemessen an diesen Entwürfen wird es zu Mindereinnahmen kommen. Würde man die Ausgaben entsprechend kürzen, so würde das die Konjunktur schwächen. Dies wäre ein Kunstfehler à la Brüning, der nicht begangen werden darf. So wird das Finanzierungsdefizit des Staates im nächsten Jahr weiter steigen; dies muß hingenommen werden. Darüber hinaus besteht aber keine Notwendigkeit, finanzpolitische Maßnahmen mit konjunkturpolitischer Zielrichtung zu ergreifen. Von „Konjunkturprogrammen“ sollte keine Rede sein.